

Hartz IV eine Riesenpleite:

Höchste Arbeitslosenzahl seit Bestehen der Bundesrepublik

Im Februar 2005 ist offizielle Arbeitslosenzahl mit 5,216 Millionen die höchste seit Bestehen der Bundesrepublik. Tatsächlich liegt sie noch deutlich höher. Experten rechnen mit einer realen Arbeitslosenzahl von 6,5 bis 9 Millionen. Für März wird mit einer weiteren Steigerung gerechnet.

Besonders groß ist die Arbeitslosigkeit bei den Jugendlichen (<20J.). Gegenüber dem Vorjahr ist ihre Zahl um **65,2 Prozent (!)** auf 120.375 gestiegen. Insgesamt sind 679.903 Menschen unter 25 Jahren arbeitslos gemeldet. In ihrer Not beschließt die Regierung, ihre Anstrengungen auf die Förderung der jüngeren Arbeitslosen zu konzentrieren. Dafür soll es aber kein weiteres Geld geben. Im Klartext: Die Jugendlichen werden vor allem mit Warteschleifenmaßnahmen (unbezahlten Praktika, Schulungsmaßnahmen ohne Zukunftsperspektive etc.) abgespeist. Da jedes Jahr die Jugendlichen aus den abgelaufenen Maßnahmen wieder zu den jungen Arbeitssuchenden hinzukommen, wächst ihre Zahl stetig an.

"Reformen" gegen Arbeitslose und Beschäftigte

Erinnern wir uns: Vor 2½ Jahren verkündete Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) den verstärkten Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Heraus kamen die leidigen Hartz-Gesetze und die Agenda 2010. Begleitet wurde das so genannte „Reformpaket“ durch das abenteuerliche Versprechen, die Zahl der Arbeitslosen in wenigen Jahren zu halbieren.

Angesichts der neuesten Arbeitslosenzahlen stellt sich der angebliche „Kampf gegen die Arbeitslosigkeit“ wieder einmal als Kampf gegen die Arbeitslosen und (noch) Beschäftigten heraus. Die „Reformen“ brachten den Menschen einen massiven Abbau von Sozialleistungen, eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen sowie Rechtlosigkeit und Erpressung für die Erwerbslosen. Nach der Parole: „Besser irgendeine Arbeit als keine“, werden immer mehr Menschen in Beschäftigungsverhältnisse gezwungen, von denen sie noch nicht einmal ihren Lebensunterhalt bestreiten können. Den Betrieben hingegen bescherte der „Kampf gegen die Arbeitslosigkeit“ Steuersenkungen sowie billige und eingeschüchterte Arbeitskräfte. Wer will schon seinen Job verlieren angesichts der Aussicht, über kurz oder lang von 345 Euro Arbeitslosengeld II leben zu müssen?



Die Parteien kämpfen weiter für Sozialabbau und miese Arbeitsbedingungen

Seit über 20 Jahren wird immer wieder behauptet, Verzicht, Kürzen und Sparen seien notwendig und man müsse sich in Geduld üben, weil sich die Wirkung dieser Maßnahmen verzögere. Im gleichen Zeitraum wuchs die Zahl der Arbeitslosen stetig an. Das stört die Wirtschaft und ihre Politiker Marionetten nicht im geringsten. Ganz im Gegenteil, Bundeskanzler Schröder ist überzeugt: „Wir müssen jetzt das Rückgrat haben, die Reformen entschieden weiter umzusetzen.“ Das muss auf jeden Normalbürger wie eine Drohung wirken. Wie bisher möchte die CDU den Kampf gegen die Arbeitslosen und Beschäftigten mitmachen und stellt in einem „Pakt für Deutschland“ zehn Forderungen auf. Darunter längere Arbeitszeiten, Entlohnung unter Tarif, Lockerung des Jugendschutzes, „Betriebliche Bündnisse für Arbeit“, sprich die Unterhöhnung der Tarifverträge sowie die Senkung der Beiträge für die Arbeitslosenversicherung mit den entsprechenden Folgen für die Arbeitslosen.

In einer beispiellosen neoliberalen Einheitsfront treiben die Parteien den Sozialabbau weiter voran: **Motto:** „Weg mit allem, was die Wirtschaft am Profitmachen hindert!“

Arbeitgeber: „Ohne Gewinne keine Stellen“ – Mit Gewinnen aber auch nicht

Wirtschaftsminister Wolfgang Clement und Bundeskanzler Schröder (beide SPD) haben alles getan, um die Unternehmer glücklich zu stimmen: Sozialleistungen gekürzt, die Steuerlast auf die Beschäftigten abgewälzt, Arbeitnehmerrechte abgebaut und vieles mehr. Das blieb nicht ohne Wirkung: Die Vermögenseinkommen und Unternehmenseerträge sind kräftig gestiegen – allein im Jahr 2004 um satte elf Prozent. Aber die Unternehmer bedanken sich gar nicht für diese Vorzugsbehandlung. Die Manager haben kein Problem damit, auch langjährig Beschäftigte vor die Tür zu setzen – Menschen gelten für sie ohnehin nur als „Kostenfaktoren“:

Unter dem Motto „Leistung, die Leiden schafft!“ will die **Deutsche Bank**, die ihren Gewinn im Jahr 2004 um 87 Prozent auf 2,5 Milliarden Euro steigern konnte, in der Bundesrepublik 1900 Stellen streichen. Schon in den letzten Jahren schrumpfte sie die Zahl der Beschäftigten um rund 30.000 auf 65.000. Der Chef der Deutschen Bank, Josef „Victory-Zeichen“ Ackermann, seines Zeichens ehemaliger Schweizer Armeeoffizier, hat in seiner unnachahmlichen Art die Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland als „Smartsourcing“ bezeichnet. Ein Begriff mit guten Chancen für das Unwort des Jahres 2005.

Der **Allianz-Versicherungskonzern** hat 2004 den Gewinn gegenüber dem Vorjahr auf über 1,8 Milliarden Euro verdreifacht und gleichzeitig 15.619 Beschäftigte ausgemustert.

Der Waschmittel- und Kosmetikhersteller **Henkel** konnte im Jahr 2004 seinen Gewinn fast verdreifachen. Dennoch will er weltweit 3000 von seinen 50.000 Stellen streichen, davon 500 in Deutschland.

Der Berliner Pharmariese **Schering** hat mit 503 Millionen Euro im vergangenen Jahr einen Rekordgewinn erzielt. Um den Gewinn weiter zu steigern, soll ein Sparprogramm aufgelegt werden. Gespart wird natürlich bei der Belegschaft: 1250 Stellen sollen gestrichen werden. Dabei wird neben der Produktion zunehmend die Forschung ins Ausland verlagert.

Ein weiteres kerngesundes Unternehmen, das einen massiven Arbeitsplatzabbau plant, ist der Haushaltsgeräte-Hersteller **Miele**. Indem er mit dem Abbau von 1100 Jobs fast 10 Prozent seiner Mitarbeiter auf die Straße setzt, will er „eine Wachstumsphase für die Firma einleiten“. Dabei sei angemerkt, dass der Umsatz von Miele im letzten Jahr weltweit um 2,5 Prozent auf 2,2 Milliarden Euro kletterte.

Die Liste geht weiter und ist sehr lang: Arbeitsplatzabbau, Arbeitszeitverlängerung und/oder Lohnkürzungen sind trotz großer Gewinne bei VW, Daimler Chrysler, der Sanofi-Aventis, T-Mobile, Hewlett-Packard, Wincor und vielen anderen Unternehmen geplant oder schon durchgesetzt.

Bei sprudelnden Gewinnen Arbeitsplätze abbauen und Löhne senken – kein Problem für die großen Unternehmen. Sie sind eben nur an ihrer Rendite orientiert. Dass sie auch eine soziale Verantwortung haben, ist ein Märchen, von dem sie sich immer offener verabschieden.

Das Ende der Lebenslügen

Eines muss man Ackermann und Konsorten lassen: Endlich räumen sie mit den Lebenslügen der Wirtschaft und ihrer Politiker auf. Die Weisheit der so genannten Wirtschaftsexperten „Die Gewinne von heute sind die Arbeitsplätze von morgen“, nach der die Politik seit 30 Jahren handelt, hat sich als ausgemachter Unsinn herausgestellt. Wer heute noch daran festhält, ist entweder ein ausgemachter Dummkopf oder ein Lügner, der wider besseres Wissen handelt.

Neben Ackermann geben sich insbesondere der Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt (**BDA**) und der Chef der Bundesagentur für Arbeit Hans-Jürgen Weise redlich Mühe sich zur „neuen Ehrlichkeit“ zu bekennen: Hundt ist sehr zufrieden mit der bisherigen Lohnentwicklung und fordert auch in Zukunft Zurückhaltung von den Beschäftigten. Gleichzeitig will er sich nicht auf das Versprechen festlegen, dass dieses Verhalten auch zu mehr Arbeitsplätzen führt. Er erwartet vielmehr eine Fortsetzung der Arbeitszeitverlängerungsdebatte. Arbeitsamtschef Hans-Jürgen Weise kapituliert bei älteren Arbeitslosen und will diese am liebsten aus dem Zuständigkeitsbereich seiner Behörde heraushaben: „*Bei Menschen, die objektiv keine Chance mehr auf dem ersten Arbeitsmarkt haben, müssen wir (...) ehrlich sein.*“ Sie gelten als hoffnungslose Fälle und sollen ganz abgeschoben werden.

Mit Volldampf weiter in den Wahnsinn

Hartz IV ist noch lange nicht der Endpunkt der Abwärtsspirale. „Nach der Reform ist vor der Reform“, heißt es bei den Arbeitgebern und sie mahnen zur Eile, den Bedürftigen auch noch das Letzte zu nehmen. Für den Boss aller Bosse, BDI-Chef Jürgen Thumann (Nachfolger des unsäglichen Michael Rogowski), sind Reformen gar eine „nationale Aufgabe“ und er fordert die Politiker auf, unbeirrt weiter zu machen.

Das Ende dieser Abwärtsspirale wird erst erreicht sein, wenn man bei Null Sozialleistungen für einen Apfel und ein Ei arbeiten „darf“ und wenn für Alte, Arme, Kranke...nichts mehr getan wird. Und selbst dann werden die Unternehmer sich weiter beklagen, weiter entlassen, weitere Kürzungen fordern ... So läuft es eben, wenn alles hingenommen wird und sich keiner wehrt.

Aber das muss ja nicht so bleiben. Der Widerstand gegen die Hartz-Reformen war ein guter Anfang. Es geht noch besser.

Für dieses Jahr gilt:

- **Nichts gefallen lassen!**
- **Machen wir ein großes Kreuz auf den Wahlzetteln – von Ecke zu Ecke!**
- **Nehmen wir den Bossen ihre Klagen nicht mehr ab – sie haben sich selbst als Lügner entlarvt!**
- **Wir fordern die Rücknahme der Hartz-Gesetze und der Agenda 2010!**

